

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

14. Februar 1946

Blatt 178

Fuhrwerker Achtung!

=====

Aus Zweckmäßigkeitsgründen haben sich ab Freitag, den 15. Februar 1946, täglich um 1/2 7 Uhr früh, sämtlich, bei der Zentraltransportstelle der Mag. Abt. IV/29 - Verkehrslenkung verpflichteten Lkw und alle anderen Lkw-Besitzer mit ihren Wagen ab 2 t, die sich im Kohlensondereinsatz befinden, bei ihrer zuständigen Bezirksfahrbereitschaft zu melden. Alle weiteren Transportaufträge und Fahrbefehle werden durch die zuständige Bezirksfahrbereitschaft ausgestellt.

Alle jene Fuhrwerker, die dieser Weisung nicht Folge leisten, werden auf Grund des RLG zur Verantwortung gezogen.

Es wird neuerlich und nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht, daß alle Lkw bei der zuständigen Bezirksfahrbereitschaft pünktlich um 1/2 7 Uhr früh zum Einsatz gestellt sein müssen.

Sitzung des Wiener Landtages

=====

Heute vormittags trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Neubauer zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Vorerst wurde die Angelobung der Abgeordneten Dr. Soswinski und Weigelt, die in der ersten Sitzung nicht anwesend waren und die des Abgeordneten Matourek, der an Stelle des Abgeordneten Weikhart, der sein Mandat zurückgelegt hat, in den Landtag einberufen wurde, vorgenommen. Dann erfolgte die Wahl des Immunitätskollegiums und des Unvereinbarkeitsausschusses. Abgeordneter Afritsch referierte sodann über den Entwurf eines Verfassungsgesetzes, womit die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien in der Fassung von 1931 wieder in Wirksamkeit gesetzt wird und anlässlich ihres Wiederinkrafttretens Übergangsbestimmungen getroffen werden.

Zu diesem Gesetz sprach der Abg. Dr. Altmann (K.P.Ö.), der sich zustimmend zu dem Entwurf äußerte, für die nächste Zeit aber Vorschläge für eine Abänderung der Verfassung der Stadt Wien ankündigte, die vor allem seiner Fraktion die Möglichkeit zur Einbringung von Anfragen und Anträgen geben sollen.

Der Abgeordnete Afritsch referierte dann über einen weiteren Verfassungsgesetzentwurf, der die Änderungen der Grenzen zwischen den Bundesländern Niederösterreich und Wien (Gebietsänderungsgesetz); wie sie im Wahlgesetz 1945 vorgesehen sind, festhält. Dieses Gesetz tritt in Kraft, wenn gleichlautende Gesetze vom Land Niederösterreich und vom Nationalrat beschlossen sein werden.

In der Debatte sprachen die Abg. Dr. Exel (Ö.V.P.), Steinhart (K.P.Ö.), und Lötsch (S.P.Ö.), die übereinstimmend dem Wunsche Ausdruck gaben, daß bei den noch zu führenden Verhandlungen über die Grenzziehung zwischen Wien und Niederösterreich den berechtigten Interessen Wiens in höherem Ausmaße, als dies mit den vorliegenden Gesetz geschieht, Rechnung trägt.

Ein dritter Gesetzentwurf, der gleichfalls vom Abgeordneten Afritsch vertreten wurde, betrifft Wappen und Siegel der Bundeshauptstadt Wien.

Abgeordneter Honay legte sodann einen Gesetzentwurf vor, der eine Änderung des Gesetzes über die Hundeabgabe trifft. Die Abgabe wird für das Jahr 1946 mit 30.- S pro Hund festgesetzt. Führerhunde, Wachthunde und bei Tierhändlern zum Verkauf befindliche Hunde, werden von der Abgabe frei sein.

In der Debatte beantragte der Abgeordnete Mazur (Ö.V.P.), auch Hunde der Siedler und Kleingärtner von der Hundesteuer zu befreien. Nach dem Vorschlage des Referenten wurde das Gesetz in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen. Der Antrag Mazur wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Ein weiterer Gesetzentwurf, der gleichfalls vom Abgeordneten Honay referiert wurde, betrifft die Festsetzung von Verwaltungsgebühren. Dabei wird im allgemeinen auf die Sätze, die bis zur Einführung der Markwährung gegolten haben, zurückgegriffen.

In der Debatte sprach Abgeordneter Nathschläger (Ö.V.P.). Er anerkennt die Notwendigkeit, die Verwaltungsgebühren wieder in Schillingbeträgen auszudrücken, wünscht aber, daß dies nicht als Präjudiz für andere Steuern und Abgaben der Gemeinde gelten solle. Alle fünf Gesetze wurden angenommen.

Die Konstituierung des Gemeinderates
=====

Nach Schluß der Landtagssitzung fand die konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Bürgermeister General Dr.h.c. Körner eröffnete die Sitzung. Nach der Bestellung provisorischer Schriftführer erfolgte die Angelobung der Mitglieder des Gemeinderates. Über Antrag des Gemeinderates Lösch beschloß der Gemeinderat, 6 Vorsitzende zu wählen. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: die Gemeinderäte

Dr.h.c. Körner, Dr. Neubauer, Amalie Resnicek u. Thaller (S.P.Ö.)
Dr. Robetschek und Dr. Ing. Hengl (Ö.V.P.).

Nach der Wahl der Vorsitzenden übernahm G.R. Dr. Neubauer den Vorsitz.

Hernach erfolgte mit Stimmzetteln die Wahl des Bürgermeisters. Als Wahlprüfer fungierten die G.R. Marek (S.P.Ö.) und Lang (Ö.V.P.). Über Vorschlag der sozialistischen Fraktion wurde General D.h.c. Körner mit 96 von 97 abgegebenen Stimmen (3 Mitglieder des Gemeinderates waren entschuldigt) zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt. (Lebhafter Beifall des ganzen Hauses.) Nachdem Bürgermeister Körner die Angelobung geleistet hatte und nachher den Vorsitz wieder übernommen hatte, wurde die Zahl der Schriftführer festgesetzt und die Gemeinderäte Cäsar, Dinstl, Mistingner und Antonie Platzler (S.P.Ö.),
Ing. Rieger und Lang (Ö.V.P.)

zu Schriftführern gewählt. Der Gemeinderat beschloß sodann, die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates mit 12 festzusetzen. Auf Grund der Parteilenvorschläge wurden zu Stadträten gewählt: die Gemeinderäte; Josef Afritsch, Gottfried Albrecht, Dr. Ferdinand Freund, Karl Honay, Franz Novy, Rudolf Sigmund, Paul Speiser (S.P.Ö.)
Karl Flödl, Anton Rohrhofer, Lois Weinberger, Dr. Erich Exel (Ö.V.P.)
Dr. Viktor Matejka (K.P.Ö.).

Nun leisteten auch die Stadträte das Gelöbnis.

In der anschließenden Wahl der beiden Vizebürgermeister wurden Stadtrat Paul Speiser, (S.P.Ö.) und Stadtrat Bundesminister Weinberger (Ö.V.P.) zu Vizebürgermeistern der Stadt Wien gewählt. Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig und mit den Stimmen aller drei Parteien.

Über Antrag des Gemeinderates Lötsch beschloss der Gemeinderat sodann, folgende Verwaltungsgruppen zu errichten:

- Verwaltungsgruppe I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform,
 II: Finanzwesen,
 III: Kultur und Volksbildung,
 IV: Wohlfahrtswesen,
 V: Gesundheitswesen,
 VI: Bauangelegenheiten,
 VII: Baubehördliche- und sonstige technische Angelegenheiten,
 VIII: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen,
 IX: Wirtschaftsangelegenheiten,
 X: Ernährungsangelegenheiten
 XI: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
 XII: Städtische Unternehmungen.

Die Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse wurde vom Gemeinderat mit 12 festgesetzt. Es erfolgte sodann die Wahl der Mitglieder der 12 Gemeinderatsausschüsse und des Disziplinar-Kollegiums. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung, in der der Stadtsenat zusammentrat, um die Wahlvorschläge für die Besetzung der einzelnen Verwaltungsgruppen zu erstatten. Auf Grund dieser Vorschläge erfolgte die Wahl der amtsführenden Stadträte:

- I. Personalangelegenheiten - Vizebürgermeister Speiser (SPÖ),
- II. Finanzwesen - Stadtrat Honay (SPÖ),
- III. Kultur und Volksbildung - Stadtrat Dr. Matejka (KPÖ),
- IV. Wohlfahrtswesen - Stadtrat Dr. Freund (SPÖ),
- V. Gesundheitswesen - Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP),
- VI. Bauangelegenheiten - Stadtrat Novy (SPÖ),
- VII. Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten - Stadtrat Rohrhofer (ÖVP),
- VIII. Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen - Stadtrat Albrecht (SPÖ)
- IX. Wirtschaftsangelegenheiten - Stadtrat Flödl (ÖVP),
- X. Ernährungsangelegenheiten - Stadtrat Sigmund (SPÖ),
- XI. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten - Stadtrat Afritsch (SPÖ),
- XII. Städtische Unternehmungen - Stadtrat Dr. Erich Exel (ÖVP).

Hiermit war der formale Teil der Konstituierung abgeschlossen.

Bürgermeister Körner erhob sich sodann zu seiner Antrittsrede. Er führte u.a. aus:

Die Antrittsrede des Bürgermeisters General Dr.h.c. Körner.
=====

Nachdem der Bürgermeister im eigenen Namen sowie im Namen der übrigen Mitglieder des Präsidiums des Gemeinderates und der Mitglieder des Stadtsenates für das durch die Wahl zum Ausdruck gebrachte Vertrauen gedankt hatte, führte er aus:

Nach einer fast zwölfjährigen Unterbrechung durch eine Verwaltung auf autoritärer Grundlage tritt heute zum erstenmal wieder ein vom Volke frei gewählter Gemeinderat zusammen. Wir können unsere Arbeit in dieser Körperschaft nicht aufnehmen, ohne derer zu gedenken, die durch ihr Wirken und Streiten, durch ihren Kampf und schließlich durch ihr Opfer zur Wiederaufrichtung des demokratischen Systems und einer freien Gemeindeverwaltung beigetragen haben.

Wir gedenken in Ehrfurcht und Trauer der Opfer, die in dem Kampfe um die Erhaltung der Demokratie und der Verfassung der Republik im Februar 1934 gefallen sind. Wir gedenken der zum Tode verurteilten und hingerichteten Freiheitskämpfer. Wir gedenken der unzähligen Blutopfer des Nationalsozialismus, unter denen sich auch fünf Mitglieder des letzten freigewählten Wiener Gemeinderates befinden. Sie alle haben ihr Leben hingegeben, um der Demokratie und dem Fortschritt der Menschheit wieder zu neuem Leben zu verhelfen.

Der Faschismus hat aber nicht nur Millionen Menschen gemordet, er hat auch unzählige, darunter viele Künstler und Gelehrte in die Fremde getrieben. Ihnen allen wollen wir heute sagen, daß wir sie nach wie vor zu den unseren zählen, daß wir mit ihrer baldigen Heimkehr rechnen und daß wir sie bei ihrer Rückkehr in unsere Stadt herzlich begrüßen werden. Wir wissen, daß sie durch ihr Wirken im Auslande das Ansehen und den Ruhm des demokratischen Wien verbreitet und gemehrt haben. Wir sehen aber mit Freude dem Tage entgegen, an dem sie ihre Kunst und ihre Gelehrsamkeit wieder in ihrer Heimatstadt Wien selbst entfalten werden.

Bürgermeister Körner würdigte sodann das zehnjährige Wirken des letzten freigewählten Bürgermeisters Karl Seitz, mit

dessen Namen die großen Schöpfungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohnhausbaues und der Fürsorge verbunden sind.

Der Mann aber, sagte der Bürgermeister, der zum Symbol seiner Zeit und seiner Klasse geworden war, wurde mit Gewalt von seinem Posten, auf den ihn das Vertrauen des Wiener Volkes berufen hat, entfernt.

Von der braunen Barbarei ins Konzentrationslager geworfen, mißhandelt und in seiner Gesundheit schwer geschädigt, ist er in seine Vaterstadt zurückgekehrt.

Am heutigen Tage, da wieder ein nach den Gesetzen der Demokratie freigewählter Gemeinderat zusammentritt, danken wir Karl Seitz für die Arbeit, die er, an der Spitze dieses Gemeinwesens stehend, geleistet hat und danken wir ihm auch für die aufrechte Haltung, die er in den Jahren der Unfreiheit und der Unterdrückung jederzeit bewahrt hat. Sie war Beispiel und Ansporn für alle aufrechten Demokraten in dieser Stadt und sie hat nicht zuletzt zur Überwindung dieses fluchwürdigen Systems beigetragen. (Lebhafter Beifall.)

Herzliche Worte des Dankes fand der Bürgermeister auch für Georg Emerling, der dem Wiener Gemeinderat von 1912 bis 1934 angehört hat. Als Vizebürgermeister und amtsführender Stadtrat für die städtischen Unternehmungen hat er sich bleibende Verdienste um den Ausbau der städtischen Unternehmungen erworben. Er hat nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes trotz schwerer Kriegsverletzung seine wertvolle Arbeitskraft der Gemeinde wieder zur Verfügung gestellt und hat in schwerer Zeit die Leitung eines Gemeindebetriebes übernommen. Krankheit hindert ihn momentan an der Entfaltung einer Tätigkeit, die ihm so lieb geworden ist. Bürgermeister Körner gab dem Wunsche Ausdruck, daß es Emerling gegönnt sein möge, bald wieder sein Wirken aufzunehmen.

Ein besonderes Wort des Gedenkens widmete der Bürgermeister dem Stadtrat Breitner, der Österreich verlassen mußte, als der braune Faschismus über unser Land kam. Seine Finanzpolitik hat es ermöglicht, daß in Wien die Volkswohnbauten erstanden, die nicht nur das Wiener Stadtbild vielfach entscheidend veränderten, sondern Wien überhaupt auf der ganzen Welt auch als eine Stadt der modernen Entwicklung bekanntmachten und seinen alten Ruhm steigerten. Auch für die Entwicklung des Fürsorgewesens und Schulwesens, sowie für die Entwicklung^{der}/Unternehmungen der Stadt schuf Breitner

die Grundlagen und er ermöglichte es auch, daß den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt auskömmliche Gehalte und Löhne bezahlt werden konnten. Die Nachricht, daß Breitner die Jahre des Faschismus überstanden hat und in Amerika lebt und daß er beabsichtigt, nach Wien zurückzukehren, haben wir mit Freuden vernommen und werden auch ihn in Wien von Herzen begrüßen.

Leider haben wir Universitätsprofessor Dr. Julius Tandler und Otto Glöckel, sowie Robert Danneberg, der für kurze Zeit nach Breitner das Finanzreferat führte, aber auch früher entscheidend in der Gemeindeverwaltung tätig war, durch den Tod verloren. Auch ihnen gebührt unser immerwährender Dank.

Herzliche Worte des Dankes richtete der Bürgermeister sodann an das älteste Mitglied des Gemeinderates, an Leopold Kunschak, der wegen seiner Wahl zum Präsidenten des Nationalrates der Arbeit im Rathaus, die er über alles geliebt und die er mancher ehrenden Berufung an andere Stelle bisher vorgezogen hat, entzogen wird. Präsident Kunschak hat dem Wiener Gemeinderat volle 30 Jahre von 1905 bis zum 12. Februar 1934 angehört. Der Bürgermeister gedachte der mutigen Rede, die Kunschak in der historischen letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates am 9. Februar 1934, die schon von der Atmosphäre des Februarputsches erfüllt war, gehalten hat, und dankte ihm für seine männliche Haltung und für seine Treue zur Demokratie und zum verfassungsmäßigen Regime.

Als wir Mitte April 1945 hier zusammengekommen sind, um die Verwaltung der Stadt neu einzurichten, da ist Kunschak an die Spitze des aufbauwilligen Bürgertums in dieser Stadt getreten und hat das Amt eines Vizebürgermeisters und die Leitung des Schulreferates übernommen. Wir sehen ihn nur ungern aus diesem Hause scheiden, müssen ihn aber ziehen lassen. Er hat in einer höheren Sphäre zu wirken.

Der Bürgermeister dankte dann dem ebenfalls aus dem Stadtsenat scheidenden Stadtrat Anton Weber, mit dessen Namen der Ausbau des Wohnungsamtes, das er durch 12 Jahre musterhaft geführt hat und der Bau eines großen Teiles der Wiener Gemeindehäuser verbunden ist.

Nach der Befreiung Wiens stellte auch er sich sofort wieder zur Verfügung und übernahm wieder das schwierige Amt eines amtsführenden Stadtrates für das Bauwesen und die technischen Angelegenheiten. Er organisierte das Transportwesen, zuerst allein

mit Hilfe der von der Roten Armee der Stadt zur Verfügung gestellten Fahrzeuge, Er verschaffte durch Wiederinstandsetzung der städtischen Wasserwerke den Wienern wieder gesundes Trinkwasser und er begann schließlich mit den Vorarbeiten zum Wiederaufbau der durch den Krieg so schwer beschädigten Stadt. Der Bürgermeister teilte mit, daß Stadtrat Weber dem von der Gemeinde zu berufenden Beirat für den Wiederaufbau angehören wird und dankte ihm namens des Gemeinderates für seine langjährige Tätigkeit im Dienste der Stadt Wien.

Er dankte dann dem Vizebürgermeister Steinhardt, der sich dem Wiederaufbau des städtischen Wohlfahrtswesens und insbesondere der Versorgung der Opfer des Nazifaschismus und der aus den Kerkern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches Heimkehrten, ferner der Rückführung der von den Nazi aus Wien verschleppten Kinder gewidmet hatte. Viel Arbeit und Sorge bereitete ihm die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei und aus anderen Staaten.

Schließlich dankte Bürgermeister Körner den gleichfalls aus dem Stadtsenate scheidenden Stadträten Slavik, Professor Dr. Reuter und Fellinger.

Stadtrat Slavik stand seit April an der Spitze des Wohnungsamtes. Seine Aufgabe war besonders schwierig, die an sein Amt gestellten Anforderungen besonders groß.

Stadtrat Slavik ist nun für andere Aufgaben ausersehen. Er wird im Rahmen des wieder zu errichtenden Österreichischen Städtebundes die Verbindung der Städte und Großgemeinden Österreichs zu gemeinsamer Aufbauarbeit und zu gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen herzustellen haben.

Stadtrat Professor Dr. Reuter hatte die Aufgabe, das Gesundheitswesen der Stadt wieder in Ordnung zu bringen, die Epidemien, die Begleiterinnen eines jeden Krieges, von unserer Stadt fernzuhalten und die sanitären Verhältnisse zu bessern. Professor Reuter hat aufopfernd und rastlos im Stillen gewirkt. Er hat die Krankenhäuser in Ordnung gebracht, die drohenden Epidemien abgewehrt.

Stadtrat Fellinger, hat in den letzten Wochen das Ernährungsamt der Stadt Wien verwaltet. Er war nur kurze Zeit im Amte und hat sich eifrig und tatkräftig bemüht, dem Volk von Wien sein Bestes zu geben.

Auch diesen drei Männern gebührt am heutigen Tage, an dem sie aus ihren Ämtern scheidend, der herzlichste Dank der gewählten Vertretung des Volkes von Wien. Sie haben in schwerster Zeit ihre Arbeitskraft dem Wohle der Stadt gewidmet, in einer Zeit, in der es galt, vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht zu arbeiten, Schwierigkeiten zu meistern und Hindernisse zu beseitigen. Ich danke ihnen, wie ich auch den anderen Herren danke, die in dieser Zeit an der Spitze der Verwaltung gestanden sind und die heute abermals in den Stadtsenat gewählt wurden, um das begonnene Werk fortzuführen.

Ich danke aber auch allen Beamten des Magistrates, insbesondere dem Herrn Magistratsdirektor Dr. Kritscha, den Direktoren der städtischen Unternehmungen und Betriebe, den Beamten und Angestellten und allen den tausenden Arbeitern und Bediensteten der Hoheitsverwaltung und der Unternehmungen der Stadt Wien für die besondere Leistung, die sie in diesen Monaten des Beginnes des Wiederaufbaues und einer demokratischen Verwaltung vollbracht haben.

Ein Wort des Dankes gebührt auch den zahlreichen freiwilligen Mitarbeitern, die in den Tagen des Zusammenbruches jeder Ordnung und Verwaltung in die Bresche gesprungen sind und mitgeholfen haben, eine neue Verwaltung aufzubauen.

Gehrter Gemeinderat!

Nachdem fast 12 Jahre in diesem Hause auf Grund autoritärer Entscheidungen verwaltet wurde, ist heute wieder ein vom ganzen Volke gewählter Gemeinderat zusammengetreten und hat eine nach dem Proportionalitätssatz zusammengesetzte Stadtverwaltung gewählt. Sie entspricht dem Willen der vom Wiener Volke am 25. November zum Ausdruck gebrachten politischen Auffassungen.

Wir haben ein trauriges Erbe übernommen. Was da war, haben die anderen verwirtschaftet und dem Moloch Krieg geopfert. Weiteres haben die Kriegshandlungen vernichtet. Und nunmehr müssen wir die Lasten der Besatzung tragen. So ist unsere Lage auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Wirtschaft. Als wir im April in das Rathaus einzogen, war rund um uns in der ganzen großen Stadt buchstäblich nichts anderes da als Ruinen, Schutt und Trümmer und eine geängstigte Bevölkerung.

Uns war es von Anfang an klar, welche großen Probleme der Lösung harren, Probleme, die heute noch nicht gelöst sind;

jene auf dem Gebiete der Ernährung, des Wohnungswesens, der Transportmittel und der Kohle.

Nach einem Rückblick auf die Nöte der Zeit nach der Befreiung Wiens sagte der Bürgermeister:

Wir sind auf vielen Gebieten mit der in den neun Monaten geleisteten Arbeit gänzlich unzufrieden und wir müssen gerechterweise feststellen, daß wir bedeutend weiter sein könnten, wenn die Männer im leistungsfähigen Alter schon alle da wären und wenn die vorhandenen Menschen so ernährt werden könnten, daß sie die bei der Arbeit verbrauchten Kräfte tatsächlich ersetzen können und wenn der Mangel an Transportmitteln behoben wäre.

Dazu kommt noch der Mangel an Rohstoffen, an Maschinen und die unproduktive Aufräume- und Wiederaufbauarbeit in unseren Fabriken und Werkstätten, die teilweise noch nicht abgeschlossen ist. Der unbefriedigende Zustand unserer Arbeitsleistung in seiner Gänze ist eben eine Folge des Krieges.

Es ist meine Pflicht, an dem Tag, an dem wir von der Tribüne der vom Wiener Volke frei gewählten Vertretung sprechen können, in feierlicher Weise der Roten Armee und der Sowjet-Regierung Dank zu sagen für die großen Opfer, die sie für unsere Befreiung vom faschistischen Joch gebracht haben. Dank aber auch für die Hilfe, die uns die Sowjet-Regierung durch Beistellung der Lebensmittel für die Ernährung der Wiener Bevölkerung in den Sommermonaten geleistet hat. Ohne der Lebensmittelpende der Sowjet-Union zum 1. Mai und ohne der großzügigen Lebensmittelhilfe wäre Wien einer Hungerkatastrophe verfallen, Seuchen und Massensterben wären die Folge gewesen. Der Roten Armee aber danken wir für die verständnisvolle Hilfe, die sie vor allem durch Beistellung von Transportmitteln der Stadt Wien geleistet hat.

Als dann die Besetzung Wiens durch Truppen aller vier Mächte erfolgte, ging die Sorge um die Ernährung der Wiener Bevölkerung auf die Kommandanten der vier Besatzungsmächte über, denen wir ebenso warm für ihre Hilfe danken müssen.

Der Bürgermeister erörterte sodann die mit der Teilung Österreichs in vier Besatzungszonen zusammenhängenden Fragen, die durch die Unterernährung verursachte erhöhte Sterblichkeit in Wien und führte weiter aus:

Mit besonderer Freude und Dankbarkeit haben wir daher die vom Schweizer Roten Kreuz eingeleitete Hilfsaktion begrüßt, die schon mehr als 2.500 Wiener Kinder in die Schweiz gebracht hat. Er dankte namens der Stadt Wien den Schweizern und allen anderen ausländischen Körperschaften und Institutionen, die durch Sammlung und Übermittlung von Lebensmittelspenden bereits helfend eingegriffen haben und versicherte ihnen, daß die Wiener Bevölkerung dieser Bekundung internationaler Solidarität mit herzlichstem Dank entgegen nimmt. Er dankte auch den Veranstaltern von Hilfsaktionen in den österreichischen Ländern und allen, die durch ihre Spenden zur Linderung der Not der Wiener beitragen.

Entscheidende Hilfe in unserer großen Not, sagte dann der Bürgermeister, kann uns aber nur von den alliierten Mächten gebracht werden. Wir wollen hoffen, daß unsere Regierung bald die Verfügungsgewalt besitzen wird, die einer staatlichen Verwaltung zukommt, und daß das Ausmaß der Besatzung herabgesetzt wird.

Dank der Hilfe der Alliierten haben wir schon Brennmaterial für das Gaswerk, für Schulen und für die Beheizung der Wohnungen.

Bei aller Anstrengung haben wir aber noch nicht genügend Fensterglas um alles einglasen zu können, was notwendig ist. Die Wiener Bevölkerung wird noch viel Geduld aufbringen müssen. Es ist traurig für einen Wiener Bürgermeister, dies beim Antritt seines Amtes aussprechen zu müssen, in dem Bewußtsein und mit dem Geständnis, aus eigener Kraft alles Leid nicht abwehren zu können. Aber die Gemeindeverwaltung wird alles nur mögliche und zweckdienliche tun, um die Not der so schwer geprüften Bewohner dieser Stadt zu lindern.

An die Hohen Alliierten Mächte richte ich daher die feierliche Bitte, die Zeit bis zum Einsetzen der uns zugesagten Unrra-Hilfe durch ausreichende Lebensmittelhilfen zu überbrücken, uns ausreichend mit Brennmaterial, vor allem mit Kohle für unsere Gas- und Elektrizitätswerke, für unsere Fabriken und auch für die Haushalte zu versorgen und die Grenzen zu öffnen, die unser kleines Land in vier Teile spalten.

Geehrter Gemeinderat!

Am Schlusse meiner Ausführungen muß ich wohl einiges über die Richtlinien sagen, in deren Rahmen sich unsere Arbeit wird bewegen müssen. Die Sozialistische Partei, der ich selbst an-

gehöre, hat in dem Wahlkampfe auch ein Programm von Forderungen aufgestellt, deren Verwirklichung sie sich vorgenommen hat, wenn ihr die Wähler dieser Stadt durch ihre Entscheidung den Auftrag dazu geben würden. Die Wähler und Wählerinnen Wiens haben in diesem Sinne entschieden. Sie haben der Sozialistischen Partei die Mehrheit im Gemeinderat gegeben. Die anderen Parteien haben sich zu loyaler Mitarbeit an der Verwaltung bereit erklärt.

Der Bürgermeister kündigte den Ausbau der Einrichtungen für den Mutter- und Kinderschutz und der Jugendfürsorge, wie sie in der Zeit bis 1934 waren und eine völlige Erneuerung unserer Schule an. Die jungen Menschen sollen vor allem wieder freies und selbständiges Denken lernen, die Grundlage jeder Demokratie. Sie sollen wieder befähigt werden, sich selbst ein Urteil über alles zu bilden, was sie erleben und was um sie herum vorgeht. Kadavergehorsam und Gefolgschaftssinn müssen verschwinden, Mut und Verantwortungsfreude müssen die jungen Menschen beseelen.

Unsere besondere Fürsorge gehört aber auch unseren Alten, weil diese sich am wenigsten selbst zu helfen vermögen. Ihnen einen sorglosen und schönen Lebensabend zu sichern, soll unser eifriges Bestreben sein.

Große Aufgaben werden wir bei der Instandsetzung der Unternehmen der Stadt Wien und bei ihrem Ausbau zu lösen haben, denn unser Verkehrswesen ist durch den Krieg vollkommen zertrümmert worden. Viel Arbeit ist geleistet worden und unsere Straßenbahnen fahren schon in alle Bezirke. Unser Bestreben wird es sein müssen, den beschädigten Wagenpark wieder instandzusetzen; neue, moderne Wagen anzuschaffen, schrittweise wieder einen Autobusverkehr in die entlegenen Stadtteile einzurichten und den Verkehr auch sonst in jeder Beziehung zu verbessern.

In der Versorgung unserer Stadt mit elektrischem Strom ist manches Versäumnis der letzten Jahre nachzuholen. Immerhin haben wir schon Licht in vielen Straßen und - wenn nicht die Stromzufuhr durch höhere Mächte gehemmt wird - Licht auch in unseren Wohnungen. Die Gemeinde Wien wird am Ausbau der Donaukraftwerke Ybbs-Persenbeug teilnehmen und so der Stadt einen entsprechenden Anteil an dem dort erzeugten Strom sichern.

Der Bürgermeister sprach von dem notwendigen Ausbau des Kabelnetzes, von der Erteilung von Aufträgen an das Wiener Gewerbe zur Erzeugung von elektrischen und Gas-Kochgeräten und Geschirren,

um möglichst vielen Hausfrauen das Kochen mit elektrischem Strom und mit Gas zu ermöglichen. Eine Arbeitsgemeinschaft der Wiener Installateure wird die Gasgeräte zu günstigen Bedingungen ~~vertrieben~~ und installieren. So werden wir bestrebt sein, ~~Gewerbe und legitimen Handel in unserer Stadt~~ zu fördern und wieder zur Blüte zu bringen.

Die größte Aufgabe, die ~~wir~~ in Angriff zu nehmen haben werden, ist der Wiederaufbau unserer Stadt. Diese Aufgabe ist so groß, so umfangreich, daß sie in der Amtszeit dieses Gemeinderates keineswegs erfüllt werden kann. Die Grundsätze dafür sind bereits in den Sommermonaten festgelegt worden. Der Verlust von mehr als 100.000 Wohnungen durch Kriegsschäden drängt uns mit elementarer Wucht die Notwendigkeit auf, zuerst die Instandsetzung jener Gebäude und Gebäudeteile zu veranlassen, durch die bei geringstem Arbeits- und Materialaufwand der größte Erfolg erzielt werden kann. Wir hoffen, jährlich wenigstens 6.000 Wohnungen wieder bewohnbar machen zu können. Darüber hinaus werden wir alles versuchen, um durch eigene Neubautätigkeit und durch Förderung der Siedlungs- und Baugenossenschaftsbewegung jährlich wenigstens 2.000 neue Wohnungen ~~zu errichten~~. Natürlich nur Wohnungen nach dem Muster der Gemeindebauten des Roten Wien.

Wir werden die Kleingartenbewegung fördern und damit zugleich die Ernährungslage vieler Familien verbessern, ihre Gesundheit und Lebensfreude steigern.

Ich bin mir darüber vollkommen klar, daß der Verwirklichung dieser Pläne ungeheure Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Baustoffindustrie ist noch nicht im Betrieb. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist noch äußerst kritisch. Es werden weitgehende gesetzliche Vorsorgen getroffen werden müssen, um die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Die Gemeinde wird die Bestrebungen der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer sowie aller anderen wirtschaftlichen Körperschaften zur Überwindung des Arbeitermangels im Baugewerbe kräftigst unterstützen.

Auch die Herstellung guter, geschmackvoller und preiswerter Möbel wird die weitgehendste Förderung der Gemeindeverwaltung erfahren.

Der Bürgermeister verwies auf die großen Aufgaben, die durch die Zerstörung und Beschädigung der Brücken und Straßen, auf das Kanalisationssystem und der Wasserversorgungsanlagen, der Spi-

täler und Altersheime, der Approvisionierungseinrichtungen und Schulgebäude, Bäder und Sportanlagen u.s.w. entstanden sind.

Auf allen Gebieten haben die alliierten Kräfte uns schon viel geholfen, was wir dankend anerkennen, besonders bei Brückenbauten und im Transportwesen.

Zu dieser Fülle von Aufbauarbeiten, die fast ausschließlich Ebenswichtige Einrichtungen betreffen, kommen die vielen Wiederherstellungsarbeiten auf dem Gebiete der Kunst und der Unterhaltung. Wenn es sich dabei auch nicht um direkte Verpflichtungen der Gemeinde handelt, so werden wir doch den Wiederaufbau unserer Staatsoper, die Instandsetzung unseres Burgtheaters, der Stephanskirche und anderer Kulturbauten sowie die großzügige Ausgestaltung des Praters als eines Wahrzeichens Wiens nach besten Kräften fördern.

Dieser gesamte Wiederaufbau wird sich im Rahmen einer großen Neuplanung des Stadtbildes vollziehen, an der im Stadtbauamt seit Monaten gearbeitet wird.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß die Verwirklichung dieses umfangreichen Programms, das uns zum größten Teil durch die Geschehnisse der letzten Zeit aufgezwungen wurde, große Summen Geldes erfordern wird. Fachmänner haben den Schaden, der Wien und seiner Bevölkerung durch den Krieg zugefügt wurde, auf rund 3 Milliarden Schilling geschätzt. Der Anteil der Gemeinde an diesem Schaden ist bedeutend. Er wurde schon im Sommer dieses Jahres mit 465 Millionen Reichsmark beziffert. Darüber hinaus ist die Gemeinde und ihre Unternehmungen mit rund 359 Millionen Reichsmark, die in Reichsschatzscheinen angelegt wurden, geschädigt. Wir werden also Opfer bringen müssen. Schwere Opfer. Andauernd schwere Opfer.

Wir werden auf absehbare Zeit eine Arbeitslosigkeit in unserem Lande nicht haben. Doch der Preis wird hoch sein, den wir werden zahlen müssen, wenn wir unsere Stadt wieder aufbauen und wieder wohnlich machen wollen. Wir müssen es wollen, wegen unserer Kinder, wegen unserer Nachkommen. Wiens Stellung in der Mitte Europas, der Ruf unserer Wiener Kultur und die ganze Vergangenheit unserer Stadt verpflichten uns zu den größten Anstrengungen und zu besonderen Leistungen. Das Rote Wien ist einmal führend durch seine sozialen Schöpfungen gewesen. Nunmehr soll Wien führend dafür werden, wie man sich bei Wahrung der sozialen großen Summen Geldes erfordern wird. Fachmänner haben den Schaden, der Wien und seiner Bevölkerung durch den Krieg zugefügt wurde,

Schöpfungen wirtschaftlich emporarbeiten kann.

Unterstützt von einer willigen und strebsamen Beamten- und Arbeiterschaft in der Hoheitsverwaltung und in den städtischen Unternehmungen und Betrieben, für deren Sorgen wir immer ein verständnisvolles Ohr haben werden und die in uns immer einen einsichtigen und fortschrittlichen Dienstgeber haben wird, werden wir die vielen Schwierigkeiten überwinden und das große Werk einem guten Gelingen entgegenführen.

Entscheidend bleibt, daß das Volk von Wien insgesamt von dem festen Willen beseelt ist, am Aufbau der Stadt teilzunehmen, daß Niemand abseits stehe. Nur dann werden wir vorwärts kommen. Wir werden andere Wege gehen müssen als vor dem Kriege. Und wenn die Freiwilligkeit den zähen Aufbauwillen nicht zeitigt, werden wir vor Zwang nicht zurückschrecken können. Gute Arbeit leistet aber nur die Freiwilligkeit und die Freude an der Leistung. Zu dieser Arbeit rufe ich die Stadt hiermit auf!

Schöpfungen wirtschaftlich emporarbeiten kann.

Unterstützt von einer willigen und strebsamen Beamten- und Arbeiterschaft in der Hoheitsverwaltung und in den städtischen Unternehmungen und Betrieben, für deren Sorgen wir immer ein verständnisvolles Ohr haben werden und die in uns immer einen einsichtigen und fortschrittlichen Dienstgeber haben wird, werden wir die vielen Schwierigkeiten überwinden und das große Werk einem guten Gelingen entgegenführen.

Entscheidend bleibt, daß das Volk von Wien insgesamt von dem festen Willen beseelt ist, am Aufbau der Stadt teilzunehmen, daß Niemand abseits stehe. Nur dann werden wir vorwärts kommen. Wir werden andere Wege gehen müssen als vor dem Kriege. Und wenn die Freiwilligkeit den zähen Aufbauwillen nicht zeitigt, werden wir vor Zwang nicht zurückschrecken können. Gute Arbeit leistet aber nur die Freiwilligkeit und die Freude an der Leistung. Zu dieser Arbeit rufe ich die Stadt hiermit auf!

In der Debatte sprach als erster Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP). Er dankte für seine Wahl zum Vizebürgermeister und im Namen seiner Fraktionskollegen die zu Stadträten gewählt wurden und legte das feierlicher Versprechen ab, in der Gemeindeverwaltung der Stadt Wien demokratisch zusammenarbeiten zu wollen.

Der Redner gedachte dann in warmen und ehrenden Worten der ein volles Menschenalter währenden Tätigkeit seines Vorgängers Vizebürgermeisters Leopold Kunschak, der als geradezu klassischer Typhus des tüchtigen, aufrechten und lauterer Wiener Vpkspolitikers fast schon geschichtliche Größe erreichte, der sein ganzes Leben den Interessen, vor allem der kleinen Leute Wiens und Österreichs widmete, der trotz seines hohen Alters auch diesmal wieder als einer der ersten zur Verfügung stand. Seine Nachfolge bedeutet Ehre und Verantwortung zugleich. Sein Vertrauen ermutigt mich und wird mir die Kraft geben meinen neuen Aufgaben aus den gleichen Geiste mit der gleichen Hingabe und Sauberkeit aufzufassen und zu erfüllen.

Der Redner weist dann ebenfalls auf das Verdienst Kunschaks in den kritischen Februartagen 1934 hin und zitierte seine prophetischen Worte in der historischen letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates. Er sagte dann: "Wir alle haben uns, über die Anerkennung die Herr Bürgermeister Körner unserem Leopold Kunschak zollte, aufrichtig gefreut. Wir wollen sie als symbolische Einbegleitung einer neuen, guten Zusammenarbeit auffassen und durch eine gleich saubere, ehrliche und demokratische Arbeit für Wien bedanken. Von dieser hohen Warte, frei von jedem ungesunden Parteiegoismus betrachten wir die Lage unserer Stadt. Ist doch Wien nicht der Wasserkopf, sondern das Herz Österreichs. Aus diesem Grunde haben wir uns von der ÖVP vom ersten Tage der Befreiung Österreichs an, während des Wahlkampfes und auch gleich nach den Wahlen zu einer absoluten, allgemeinen und ehrlichen Zusammenarbeit bekannt und diese auch praktisch dokumentiert. Es ist selbstverständlich, daß sich diese unerläßliche Konzentration auch auf die Hauptstadt Österreichs, ja gerade auf Wien erstrecken muß. Wir können nicht länger bei der Praxis des Mehrheitsprinzips und der Alleinherrschaft einmal dieser und einmal jener Partei verharren, sondern müssen uns zu der heute einzig möglichen der Zusammenfassung aller positiven Kräfte bekennen."

Wir begrüßen es, daß heute, zum ersten Male seit mehreren Jahrzehnten, auch in Wien wieder eine demokratische Zusammenarbeit, anteilige Aufgabenverteilung und Mitverantwortung eingeleitet wurde. Wir nehmen sie hier so ehrlich wie drüben im Staate und wollen unsererseits all unsere Liebe, alle unsere Kräfte und all unser Können in den Dienst des geistigen und materiellen Wiederaufbaues und Wiederaufstieges unserer Stadt stellen. Wenn nun in der obersten Verwaltung der Gemeinde der demokratische Volksentscheid anerkannt ist, so erwarten wir, daß auch die Zusammensetzung der Bezirksvertretungen nach den gleichen Grundsätzen der Demokratie richtig gestellt wird. Niemand in Wien würde eine Fortdauer der provisorischen Verhältnisse in den Bezirken verstehen.

Die gemeinsame Arbeit, die vor uns allen liegt, ist riesengroß. Es wäre ungerecht und undankbar zu überschen, was schon in den ersten Monaten nach der Befreiung von der provisorischen Gemeindeverwaltung geleistet wurde. Wir wollen uns dem Danke des Herrn Bürgermeister an die Männer, die in dieser Zeit in die Bresche sprangen und unter schwierigsten Verhältnissen und Umständen ihre Pflicht erfüllten, anschließen. Ich möchte hier im besonderen, auch namens der ÖVP, dem ausscheidenden Stadtrat Prof. Dr. Reuter herzlichen Dank sagen. Prof. Dr. Reuter hat als erfahrener Fachmann unermüdlich und erfolgreich alles eingeleitet, um das Gesundheitswesen der Stadt zu ordnen, gefährliche Epidemien und Seuchen zu bannen und die sanitären Verhältnisse der Stadt zu verbessern, daß ich im Zusammenwirken mit den vorhandenen Ärzten, Verwaltungsfachleuten, Angestellten und Arbeitern hoffen darf, nach ihm dieses Amt auf seiner jetzigen Höhe erhalten und weiterausbauen zu können.

Soviel aber auch schon getan wurde und wie sehr wir es alle anerkennen und würdigen, so bleibt noch viel mehr zu tun übrig. Es hat uns alle irgendwie betroffen, als kürzlich ein französischer Abgeordneter in einem Interview sagte, daß ihn die großen Schutt- und Trümmerhaufen in den Straßen Wiens gedrückt hätten. Auch wir müssen feststellen, daß dieser Zustand bei aller Einsicht in die vorhandenen Schwierigkeiten keine Ehre für Wien bedeutet, einen unguuten Eindruck macht, verkehrshindernd wirkt und gesundheitliche Gefahrenmomente in sich birgt. Hier müssen alle Kräfte eingesetzt werden die irgendwie verfügbar sind, um unsere Stadt von den traurigen Überresten des nationalsozialistischen ^{schen} Gewaltregimes und seines Krieges zu säubern.

Der Redner verlangt die Heranziehung aller die trotz Mahnungen und Einladungen bis zur Stunde noch immer lieber schleichhandeln und auf den Trümmern unserer Stadt tanzen und jubilieren, statt ehrlich zu arbeiten, aber auch derer deren Heranziehung auch eine bescheidene Wiedergutmachung mitverschuldeten Notstandes bedeutet. Leider ist die allgemeine Ernährungslage noch immer recht knapp und angespannt. Der Redner gedenkt anerkennend der Hilfe der Roten Armee und der Alliierten Mächte und erbittet deren weitere Unterstützung. Er appelliert sodann an die Bauern in den Bundesländern sie mögen Wien und im besonderen unsere Kinder und unsere Kranken und alten Leute nicht vergessen. Die baldige Heimkehr aller unserer Kriegsgefangenen bezeichnet er nicht nur als eine wirtschaftliche Notwendigkeit sondern als eine Herzenssache. Unsere Lage könnte auch dadurch eine wesentliche Verbesserung erfahren, wenn unsere Regierung bald die Verfügungsgewalt über das ganze Staatsgebiet erlangen würde und wenn eine baldige und weitgehende Herabsetzung des Ausmaßes der Besatzungskräfte eintreten würde.

Namens seiner Partei erklärt Vizebürgermeister Weinberger seine Bereitschaft zur Mitarbeit an den großzügigen Plänen für den Wiederaufbau unserer Stadt. Daß dabei auf die äußere und innere Kultur, die Schönheit und den Reiz unseres ehrwürdigen Stadtbildes Rücksicht genommen werden muß, ist wohl selbstverständlich.

Vizebürgermeister Weinberger wendete sich sodann den dringendsten Tagesproblemen zu. Er sagte: Wir haben auch den Winter noch nicht hinter uns. Die Beheizungsschwierigkeiten sind außerordentlich drückend. Die beschädigten Hausdächer und Wohnungen machen das Leben unserer Bevölkerung unsagbar schwer und hart. So erscheint z.B. das Problem der Fensterscheiben klein und es hat doch große Bedeutung. Ich habe es oft nicht begriffen, daß zuerst die großen Scheiben großer Unterhaltungslokale und weniger lebenswichtiger Gebäude eingeschnitten wurden und viel später erst die Fenster in den Arbeiterwohnungen. Wir werden auch hier, wie vielfach sonst noch Mut zur sozialen Abstufung bezeugen müssen. In der Frage des Wohnungsproblems werden wir rasch ernste und zielführende Maßnahmen vorzuschlagen und durchzuführen haben. Ich glaube, daß wir hier auch zu ganz neuen Lösungen kommen müssen. Der Redner erwähnt als solche den Eigentumserwerb an Einzelwohnungen, Stockwerkseigentum, die Schaffung von Einfamilienhäusern mit Nutzgartenanlagen, den Bau von Stadtrand siedlungen, die Hebung der Kleingartenbewegung

und die einheitliche Lenkung der Bautätigkeit. Er verlangt die Wohnungsverteilung nach absolut objektiven und gerechten Maßstäben, nach sozialen und familienpolitischen Grundsätzen. Jene Mitbürger, die Opfer des vergangenen Gewaltsystems geworden sind und schuldlos ihr Heim verloren haben, werden bei den künftigen großen Wohnungsbauprogramm unsere aktive Unterstützung finden.

Unsere Finanzpolitik wird darauf Bedacht zu nehmen haben, daß wir heute mehr als arm geworden sind. Bei aller Bedeutung und Betonung kommunaler Aufgaben und Initiative darf auf die Förderung der persönlich geführten Handwerksbetriebe, der Kaufmannsgeschäfte und der kleineren und größeren Unternehmungen im Sektor der Privatwirtschaft nicht vergessen werden. Bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen und Lieferungen müssen auch die kleinen Handwerker, Geschäftsleute und privaten Unternehmungen, ohne Unterschied der Parteieinstellung, berücksichtigt werden. Auch bei der Zuweisung von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Materialien dürfen die Klein- und Mittelbetriebe nicht vernachlässigt werden. Besondere Pflege müssen wir dem Kunsthandwerk und dem handwerklichen Nachwuchs, sowie der Geschmacksindustrie angedeihen lassen.

Vizebürgermeister Weinberger unterstreicht die Notwendigkeit dem Ausbau der sanitären Einrichtungen der Tuberkulosenfürsorge und der Wohlfahrtspflege größte Beachtung zu schenken.

Auf das Gebiet der Kulturpflege übergehend führte er aus: Es war erfreulich zu sehen, wie unsere Künstler gleich nach der Befreiung Wiens und unter schwierigsten Umständen an die Arbeit gingen und den alten guten Ruf der Wiener Kultur und der Wiener Musik und des Wiener Theaters zurückeroberten und festigten. Als Posten eines großen kulturellen Aufbauprogrammes bezeichnete er die Erhaltung und den Wiederaufbau unserer wertvollen Denkmäler, unserer Theaterkultur, unseres Filmwesens und unserer Architektenschaft. Wien muß auch wieder zur Kongressstadt werden. Auf einer großzügigen Förderung des Fremdenverkehrs und auf einen möglichst baldigen Wiederaufleben unserer Wiener Messe erhofft sich unsere Stadt stärkste Impulse.

Eine gute Schule verbürgt mit die Zukunft des Volkes. Viel Unheil ist gerade auf diesem Gebiete angerichtet worden. Die Schule wieder zu dem zu machen, was sie war, dürfen wir keine Mühe und keine Opfer scheuen. Die große Bedeutung der Religion als eines wesentlichen Erziehungsfaktors soll hiebei nicht übersehen werden.

In Kürze soll ein neues Stadtschulratsstatut erstehen. Ich nehme gerne an, daß das neue Statut ebenfalls vom Geiste demokratischer Zusammenarbeit getragen sein wird und daß der Lehrerschaft jenes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, das sie sich durch ihre Mitarbeit am Neuaufbau unserer Schule ehrlich verdient hat.

Abschließend richtete der Redner an die Alliierten die Bitte, uns auch weiterhin zu helfen. Daß wir alle großen und kleinen Aufgaben nur dann zu bewältigen vermögen, wenn das gesamte Wiener Volk uns sein Vertrauen schenkt und mit ganzer Kraft mithilft, ist sicher. Von besonderer Bedeutung wird die Mitarbeit der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft der Stadt Wien sein. Einer richtigen, objektiven und unparteiischen Personalpolitik wird eine ganz große Bedeutung zukommen. Was an uns liegt, werden wir gerne und jederzeit tun, um den berechtigten Wünschen und Forderungen der Angestellten und Arbeiterschaft, besonders auch der Wiener Lehrerschaft, entgegenzukommen.

Die Konzentration ist ein inneres Zusammenkommen ehrlicher Menschen verschiedener Meinungen und Gesinnungen zu gemeinsamen Werk. Es wäre ein Unglück für Wien und für das ganze Vaterland, wenn in unserer Stadt oder zwischen ihr und den anderen Teilen des Landes wieder einmal ein unüberbrückbarer Gegensatz entstünde. Wir glauben daran, daß es möglich sein muß, von Koalitionen zu wirklichen Arbeitsbündnissen zu kommen, die Bestand haben, der Wohlfahrt und dem Frieden dienen.

Wir alle sind durch eine harte Zeit gegangen. Auch wir gedenken aller aufrechten Männer und Frauen, die für die Freiheit der Menschen und des Vaterlandes eintraten und fielen. Viele von uns waren in Gefängnissen, Kerkern und Konzentrationslagern, zusammen mit Sozialisten, Kommunisten und anderen. Noch eindringlicher als das gemeinsame Erlebnis der Sklaverei, das gemeinsam getragene Opfer und Leid der Überlebenden, mahnen uns alle unsere Toten. Sie alle, die zerbrochen sind an der inneren Zerrissenheit des Volkes, oder an der totalen Gewalt der letzten Jahre zugrunde gingen, mahnen uns zur Vernunft, Verständigung und Zusammenarbeit. Es gilt in der ernsteren Stunde für Wien eine ernste Tat zu setzen. Es lebe unsere Vaterstadt, es lebe unser Vaterland Österreich! In Gottes und des Volkes Namen an die Arbeit auch in Wien!

Für die kommunistische Fraktion sprach Gemeinderat Lauscher. Er begrüßte die Konstituierung des Gemeinderates, die nun endlich Gelegenheit gibt, zu den brennenden Problemen unserer Gemeindeverwaltung Stellung zu nehmen und an ihrer Lösung mitzuarbeiten. Mit dem Bürgermeister übereinstimmend, erklärte er es als entscheidend, daß das ganze Volk von dem festen Willen beseelt ist, am Aufbau der Stadt teilzunehmen. Daher ist eine ehrliche demokratische Einigung und Konzentration, eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung von unten bis oben eine Lebensnotwendigkeit, die wichtigste Voraussetzung für das erfolgreiche und schnelle Vordrängeschreiten des Wiederaufbaues unserer Stadt. Aufrechte demokratische Wiener mit Fähigkeiten und Begabung sollen zur Verantwortung und Mitarbeit herangezogen werden. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß Fähigkeiten, Begabung und ehrliche demokratische Gesinnung nicht nach dem Proporz aufgeteilt sind. Die mechanische und lebensfremde Aufteilung der Verwaltung nach dem Proporz ist ein Rückfall in Fehler der Vergangenheit. Sie ist zwar angeblich formal demokratisch, in Wirklichkeit aber undemokratisch.

Jene tausende Arbeiter., Angestellte., Beamte. und Bedienstete. der Hoheitsverwaltung und der Unternehmungen unserer Stadt und den tausenden freiwilligen Mitarbeitern, denen der Herr Bürgermeister seinen und den Dank des Gemeinderates für ihre besondere Leistung in den Monaten seit der Befreiung beim Wiederaufbau, bei der Rettung lebenswichtiger Einrichtungen und bei der Verhütung größeren Unheils ausgesprochen hat, waren erfüllt von den Gedanken ehrlicher demokratischer Zusammenarbeit. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Stadt eine Anzahl dieser Kräfte in den Gemeindedienst aufgenommen hat. Ich bringe namens meiner Fraktion den Wunsch zum Ausdruck, daß alle die sich als aufrechte Demokraten und als uneigennützig Mitarbeiter in der schwersten Zeit des ersten Aufbaues bewährt haben, dauernde Mitarbeiter in der Verwaltung der Stadt werden.

Unsere Stadtverwaltung ist noch zu schwerfällig und bürokratisch. An verantwortlichen Stellen stehen noch Beamte die zum neuem demokratischen Österreich eine fremde und ablehnende Haltung einnehmen, die kein Verständnis für die Bedürfnisse unseres Volkes haben, die als kalt und herzlos empfunden werden, Beamte, die nicht gewillt sind, neue Wege zu gehen.

Der Redner verweist sodann auf die Maßnahmen die hinsichtlich

des Neuaufbaues einer demokratischen Stadtverwaltung auf gesetzgeberischem Gebiete bereits geleistet wurde. Aber auch im städtischen Personal sind im Kampf erprobte demokratische Kräfte vorhanden. Dies zeigt ein Blick auf unsere städtischen Unternehmungen, wo autoritäre Regime und Antifaschisten gewütet haben. Bei der Straßenbahn, bei den Gas- und E-Werken und bei der Feuerwehr wurden in der Zeit von 1934 bis 1945 69 aufrechte Demokraten hingerichtet. Über 230 sind in den Konzentrationslagern und Kerkern gewesen. Die sonstigen Gemeindeangestellten beklagen 10 Hingerichtete. 50 Hoheitsangestellte waren in Konzentrationslagern und Kerkern. Der Redner gedachte dann des vor 12 Jahren zum Tode verurteilten und hingerichteten Beamten der Feuerwehr Ing. Georg Weißel.

Die kommunistische Partei will mit dem Eintritt in den Stadtsenat ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften beim Neuaufbau der Stadtverwaltung und bei der Lösung aller anderer brennenden Probleme mitzuarbeiten. In den Fragen der Linderung des Hungers, des Wohnungselends, des Brennstoffmangels, der schlechten Verkehrsverhältnisse usw. steht die KP. auf dem Standpunkt, daß wir selbst alles menschenmögliche tun müssen, um uns aus der Not der Zeit herauszuhelfen.

Gemeinderat Lauscher wendet sich dann einer ausführlichen Besprechung des Wohnungsproblems zu. Er verlangt die Errichtung von Wohnungsämtern in den Bezirken auf der Grundlage des Mitbestimmungsrechtes von Vertretern der drei demokratischen Parteien, die Legalisierung der Zuweisungen der Wohnungen und Gärten an die Opfer des Naziterrors und die Erhaltung und Sicherung des beschädigten Wohnraumes. Sofort mit Beginn der warmen Jahreszeit muß das Stadtbauamt nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Plan die Reparatur dieser Wohnungsschäden in Angriff nehmen.

Als zweites Problem von besonderer Wichtigkeit bezeichnete Lauscher die Sicherung der Ernährung unserer Bevölkerung. Die Gemeinde muß in verantwortungsvoller Voraussicht die Selbsthilfe unserer Bevölkerung organisieren. In Wien liegen zehntausende Quadratmeter Boden brach. Der Anbau von Kartoffeln und Gemüse auf dem letzten Fleckchen freien Boden in unserer Stadt muß vorbereitet werden. Die Gemeinde muß auch ihre Mitwirkung und Kontrolle bei der Aufbringung und Zufuhr der heimischen Lebensmittel fordern. Die Bezirksarbeitsgemeinschaften haben in dieser Richtung wertvolle Vorarbeit geleistet.

Der Redner begrüßte die Ankündigung des Bürgermeisters, daß die Gemeindeverwaltung den Wiederaufbau der Fürsorge, des Mutter- und Kinderschutzes, der Jugendfürsorge und Erziehung, sowie der Fürsorge für das Alter ihre besondere Sorgfalt widmen werde. Den Opfern des Faschismus muß die Gemeinde ihre wärmste Unterstützung und Förderung angedeihen lassen. Der Redner beschäftigte sich sodann mit Fragen des Verkehrs und der Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Bedarfsartikeln, mit der Neuplanung des Stadtbildes und mit deren Finanzierung. Die kommunistische Partei ist der Meinung, daß die finanziellen Lasten vom Gesichtspunkte des Einkommens und des Vermögens aufgeteilt werden müssen. Wenn die werktätige Bevölkerung schon verurteilt ist auf viele Jahre hinaus Lasten des Krieges auf sich zu nehmen, dann fordert sie, daß den Hauptteil dieser Lasten jene tragen, die an ihrem Unglück schuldig sind. Wenn diese Fragen auch nicht im Rahmen der Gemeinde gelöst werden können, so wollen wir doch aussprechen, daß die Gemeinde Wien bei der finanziellen Gestaltung Österreichs ihren Standpunkt werde zur Geltung bringen müssen. Vergessen wir nicht, daß der Aufbau eines freien, demokratischen und unabhängigen Österreichs ohne die entscheidende Mitarbeit Wiens nicht möglich ist. Für die energische Ausmerzung des Naziungeistes mit allen Wurzeln in unserer Stadt und in ganz Österreich müssen wir den Kampf führen.

Wien muß auch beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs durch seine Leistungen beispielgebend sein. Unser Wien muß ein demokratisches Wien, ein Wien der Arbeit und des Fortschrittes, ein Wien der Freiheit werden! Die KP. wird an der Erfüllung dieses Zieles mit ihrem ganzen geistigen und physischen Kräften mitarbeiten.

Sodann ergreift Vizebürgermeister Speiser, von lebhaftem Beifall seiner Parteigenossen begrüßt, im Namen der Sozialistischen Fraktion das Wort. Er gibt nach einem Rückblick auf die unseligen Ereignisse des Februar 1934 der Genugtuung Ausdruck, daß sich die Parteien nunmehr wieder im Geiste wahrer Demokratie zu gemeinsamer Arbeit zusammenfanden. In der Zeit von 1934 bis 1945 wurden nicht nur ungeheure Schäden angerichtet, sondern es wurde in diesen zwölf Jahren auch jene große Entwicklung versäumt, die Wien und damit ganz Österreich hätte nehmen sollen. Die Sozialistische Partei begrüßt es mit Freude, daß auf dem Stuhl des Bürgermeisters dieser Stadt wieder ein freigewählter Mann des Volkes sitzt, und daß ein Sozialist den Platz des Bürgermeisters einnimmt.

Auf die Frage der Finanzen der Stadt Wien übergehend, verweist Vizebürgermeister Speiser vor allem auf die große Verarmung der Wirtschaft als Folge des faschistischen Systems und des Krieges. Die nationalsozialistische Stadtverwaltung habe durch viele Jahre ein bewußt falsches Budget aufgestellt. Es wurden Pläne in dieses Budget aufgenommen, die niemals ausgeführt werden konnten und überhaupt nicht in Aussicht genommen waren. Die Wiener Gemeindeverwaltung stehe hier vor einem äußerst schwierigen Problem, zumal noch nicht zu übersehen sei, wie sich die Verhältnisse in Österreich gestalten werden. Die Sachschäden an den Einrichtungen der Gemeinde Wien betragen 485 Millionen Schilling, dazu kommen Reichsschuldverschreibungen in Höhe von 178 Millionen, die sich mit weiteren Schuldverschreibungen auf insgesamt 358 Millionen erhöhen. Nach diesen Finanzverhältnissen der Stadt Wien werde sich auch die wirtschaftliche Planung der Gemeinde für die nächsten Jahre anpassen müssen. In der Frage der Personalpolitik sei man immer von dem Grundsatz ausgegangen, daß tüchtige Menschen an den richtigen Platz gestellt werden. Bürokratischer Geist werde weder im Rathaus noch auch in den städtischen Unternehmungen geduldet. Der Dank der Stadt Wien gebühre allen Angestellten dafür, daß sie ihre volle Kraft in den Dienst der Verwaltung zur Mithilfe am Wiederaufbau stellten.

Zur Frage der Schulen und der von allen Parteien gestellten Forderung, an das als vorbildlich anerkannte Schulwesen der Zeit vor 1934 anzuknüpfen, betonte der Vizebürgermeister die besonderen Schwierigkeiten, die sich gerade auf diesem Gebiete ergeben. Von

10 Schulen in Wien sind nur 46 von den Kriegsfolgen verschont geblieben. Dessen ungeachtet werde die Aufbauarbeit auf diesem Gebiete tatkräftigst vorwärtsgetrieben, wie auch auf dem Gebiete des Kunst- und Kulturwesens. 40 städtische Büchereien sind wieder eingerichtet und viele Arbeiterbibliotheken in die städtischen Büchereien übernommen worden. Mit besonderem Dank gedachte der Redner der Arbeit des Vizebürgermeisters Steinhardt. Während im April 1945 in 20 Kindergärten 660 Kinder betreut wurden, waren es im September 1945 bereits 83 Kindergärten mit 4.040 Kindern. Von den 95 Mutterberatungsstellen sind bereits wieder 63 in Betrieb.

Die Aufgabe der Heimholung der evakuierten Kinder, der Flüchtlingsfürsorge und der Fürsorge für die Opfer des Naziterrors, sowie im besonderen die Frage des Bauwesens liege vor allem im Programm der Sozialistischen Partei. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt weise besondere Schwierigkeiten auf, da auch außerhalb des Wohnungsamtes stehende Kräfte an der Zuweisung der Wohnungen beteiligt gewesen wären.

Besonderen Dank sprach Vizebürgermeister Speiser den städtischen Unternehmungen für ihre rasche Wiederaufbauarbeit aus. Insbesondere die Elektrizitätswerke seien hier vorbildlich. In den Monaten Juli bis Dezember 1945 wurden im Durchschnitt 295 Millionen Kilowatt gegenüber nur 230 Millionen Kilowatt im Jahre 1934 verbraucht. Daß nach allen Kriegsschäden auch die Versorgung der Bevölkerung mit Gas ehebaldigst aufgenommen werden konnte, sei ein besonderes Verdienst der Gasarbeiter. Im Oktober 1945 betrug die Produktion 4,17 Millionen Kubikmeter, im Jänner 1946 20,77 Millionen. Die Strassenbahn hatte im Dezember 1945 bereits 82 % der Leistungen des Jahres 1944 erreicht. Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß überall dort, wo zur Kommunalisierung reife Betriebe vorhanden sind, im Interesse der Bevölkerung auch tatsächlich zur Kommunalisierung geschritten werde. Bei der Regelung der Staatsbürgerschaft und des Schicksales der Ausgewiesenen werde man sich einer menschlichen Vorgangsweise befleißigen müssen. Besonderes Augenmerk werde der Indienststellung der Jugend in die Leistungen der Allgemeinheit und hier besonders der Institution "Jugend am Werk", gewidmet werden.

Auf die Einrichtung der öffentlichen Verwalter übergehend verweist der Vizebürgermeister auf die Verdienste, die sich diese Verwalter im Rahmen der Wirtschaft zum Nutzen der Öffentlichkeit

Zu der UNRRA -Hilfe müsse die Bitte ausgesprochen werden, daß sie besonders der schwer geprüften Bevölkerung der Stadt Wien in einem erhöhten Ausmasse zugewendet werde. Wichtig sei auf dem Gebiete der Ernährung die Arbeit der Siedler und Kleingärtner, sowie die Ausnützung der noch unbebauten Gründe. Die Frage der Heimkehrer liege allen Parteien im gleichen Masse am Herzen.

Vizebürgermeister Speiser schloß seine Ausführungen mit dem Ausdrucke der Genugtuung, daß wahre Demokratie in diesem Saale wieder einen guten Anklang gefunden hat. Wir freuen uns des Zusammenschlusses des Wiener Gemeinderates und die Mehrheitspartei ladet alle zur Mitarbeit ein. Die Sozialistische Partei wird sich ihrer Verantwortung immer Bewusst sein und hofft, daß auch die anderen Parteien ihre Grundsätze in sachliche Mitarbeit umsetzen werden zum Blühen und Gedeihen unserer geliebten Stadt Wien.

Bürgermeister General Dr. h.c. Körner schließt die Sitzung um 15 Uhr.

- . - . . -